

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Sprechstunden der Redaction:  
Vormittags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—6 Uhr.

Die für die nächste Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Inf. Anzeiger:  
Otto Riemann, Universitätsstr. 22.  
Paul Köhler, Katharinenstr. 15, p.  
nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Auflage 16,000.**  
Abonnementspreis viertel, 6/8, 2/3, incl. Fringerlohn 5 Pf.  
durch die Post bezogen 6 Pf.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegpreis 10 Pf.  
Schüler für Extrablätter ohne Postbeförderung 30 Pf.  
mit Postbeförderung 45 Pf.  
Inserate 5 gep. Zeilen 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Redactionsdruck die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

**Nr. 208.**

**Sonntag den 27. Juli 1879.**

**73. Jahrgang.**

## Bekanntmachung.

Der Curkenmarkt wird von Sonnabend den 2. August d. J. ab bis auf Weiteres auf dem Fleischerplatz hier abgehalten.  
Leipzig, am 22. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdöndlin, Wangemann.

## Bekanntmachung.

Der mittlere Theil des Gerichtsweges vom Eingange nach dem Güterbahnhof des Eisenburger Bahnhofes bis an den Eingang nach der Personenhalle wird der vorzunehmenden Pfahlarbeiten wegen vom Montag den 28. Juli d. J. ab bis zur Fertigstellung der Pfahlarbeiten für den Fahrverkehr gesperrt.  
Der Zugang zum Güterbahnhof des Eisenburger Bahnhofes ist von der Hospitalkirche, der nach der Personenhalle von der Dresdener Straße resp. dem Täubchenwege zu nehmen.  
Leipzig, den 24. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdöndlin, Wangemann.

## Ein Rechtskandidat

läuft vom 1. August an bei dem unterzeichneten Amte zur Stellvertretung eines beurlaubten Beamten auf 4 Monate Befristung erhalten.  
Leipzig, 26. Juli 1879.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.  
Dr. Räder.

## An die Gewerbetreibenden Leipzigs und Umgegend.

Nachdem die Herren Richter & Spang sich in höchst anerkannter Weise erboten haben, Rechtsanwalter und lehrbegierigen Arbeitern, auf erfolgte Anmeldung, Abzeichnen, der Abformen ihrer ausgeführten italienischen Kunstarbeiten zu erhalten, richten wir nunmehr an die selbstständigen Gewerbetreibenden unserer Gegend die Aufforderung, ihre Gehälften auf dieses wohlbekanntete, im Interesse gewerblichen Fortschrittes liegende Erbiten aufmerksam zu machen und sie zu feindlicher Benutzung anzuregen.  
Die Gewerkekammer.  
W. Hädel, Vors. Leipzig, Secr.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angezeigten Pfand-  
scheine Lit. K. Nr.: 81954 92258 98083 98095 99351. Lit. L. Nr.: 12249 36443 58514 57692  
69576 81916 92815 98774, Lit. M. Nr.: 1143 2936 4335 8733 werden hierdurch aufgefordert, sich  
damit unterzüglich und längstens bis zum Ablauf von 80 Tagen nach der auf jedem der Scheine bemerzten  
Verfallzeit bei unterzeichneter Anstalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen  
Belohnung zurückzugeben, widrigenfalls der Verfall der Pfand-Ordre gemäß den Anzeigern die Pfänder aufge-  
liefert und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daraus verlustig gehen werden.  
Leipzig, den 26. Juli 1879.  
Die Verwaltung des Reichshauses und der Sparcasse.

## Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen das Ende jedes akademischen Halbjahres zu haltenden Revision der Universitäts-  
Bibliothek werden diejenigen Herren Studirenden, welche Bücher aus derselben entliehen haben, aufge-  
fordert, diese während der Zeit vom 29. bis 31. Juli gegen Zurückgabe der Empfangsbescheinigungen  
abzuliefern.

Die Ablieferung wird in der Weise zu geschehen haben, daß diejenigen, deren Namen mit einem der  
Buchstaben von A bis H anfangen, am 29. Juli (früh von 11—1 Uhr oder Nachmittags 3—6 Uhr), die,  
deren Namen von J bis R beginnen, am 30. Juli (früh von 10—1 Uhr) und die Uebrigen am 31. Juli  
(früh von 10—1 Uhr) abliefern.

Alle übrigen Entleiher werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher am 4., 5. oder 6. August  
(während der gewöhnlichen Öffnungszeiten) zurückzugeben.

Während der Revisionszeit (29. Juli bis 9. August) kann eine Ausleiherung von Büchern nicht Statt  
finden. Ebenso wird während derselben das Lesezimmer geschlossen bleiben.

Leipzig, den 26. Juli 1879.  
Die Direction der Universitäts-Bibliothek.  
Dr. Krehl.

## Stadtbibliothek.

Zum Behuf der jährlichen Revision sind sämtliche aus der Stadtbibliothek entlehnte Bücher in der  
Zeit vom 28. Juli bis 9. August zurückzugeben. Während dieser Zeit finden keine Verleihungen Statt.  
Da in der darauf folgenden Woche nach Vollendung von Umbauten in dem Bibliotheklocale neue Auf-  
stellung der Bücher vorzunehmen ist, können die Ausleihungen erst Montag den 18. August wieder  
beginnen.  
Leipzig, den 27. Juli 1879.  
Prof. Dr. Raumann.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 26. Juli.

Mit einer gewissen Fortrücktheit tauchen immer wieder die Gerüchte auf, die Reichsregierung beabsichtige, im nächsten Jahre von der Boito-  
verwaltung die Mittel für neue Formatio-  
nen der Artillerie und andere Heeres-  
augmentationen zu verlangen, und hoffe,  
damit durchzubringen. Man begreift eigentlich  
nicht, wie dergleichen Nachrichten so leicht Glauben  
finden können, so lange noch feststeht, daß die  
gegenwärtige Heerespräsenz bis zum 31. Dec.  
1881 in einer fixirten Piffer bewilligt ist. Daß die  
Armeeverwaltung derartige Forderungen zwar gern  
stellen möchte und daß sie möglicher Weise auch  
auf eine Unterstützung der leitenden Regierung-  
kreise rechnen könnte, kann nicht gerade in Abrede  
gestellt werden, desto mehr aber ist daran zu  
zweifeln, daß der Reichstag sich in seiner Mehrheit  
genügt zeigen sollte, noch während jener Frist, die  
uns vom Ende des militärischen Septennats  
trennt, so einschneidenden Neuerungen seine Zu-  
stimmung zu erteilen. In das beliebte Motiv  
für jede Wehrforderung in deutschen Militärbudget,  
die Ueberlegenheit, welche die Franzosen durch  
ihre seit acht Jahren andauernden Ergänzungen und  
Neuanfassungen jeglichen Kriegsmaterials angeblich  
schon erreicht haben sollen, haben verschiedene Vor-  
kommnisse der jüngsten Zeit, die letzte Truppen-  
revue vor dem Präsidenten der Republik in  
Paris und die sich beinahe unmittelbar daran  
anschließenden Debatten der Deputirtenkammer  
über das Budget des Kriegsministeriums doch ein  
arges Loch gerissen. Thatsache ist übrigens,  
daß gerade diejenigen Herren, welche am  
Meisten eine Vermehrung unserer Heeresformatio-  
nen wünschen, nämlich unsere jungen Offiziere,  
denen das Ananement seit einiger Zeit viel zu  
langsam geht, nicht mehr an eine baldige Erfül-  
lung ihrer Wünsche glauben.

Anlässlich der Neubildung des Ministe-  
riums wird jetzt mit Recht daran erinnert, welche  
Stellung die neuernannten Minister früher in poli-  
tischen und wirtschaftlichen Fragen einnahmen.  
Besonders interessant ist dabei, daß Herr Vacius  
nicht nur 1867 als „liberaler“ in Erfurt zum  
Reichstag candidirte, sondern noch 1870 einen  
Auftrag mit unterschrieb, der die Freihändler An-  
sichts der durch die Agitationen der Schutzöllner  
verursachten Gefahr zu einmütigem Vor-  
gehen aufforderte. Nebenbei bemerkt, trag dieser  
Auftrag auch die Unterschriften anderer conservativer  
Herren, die in der letzten Session mit Fremden  
Alles bewilligten, was zum Schutze der nationalen  
Arbeit gefordert wurde.

In einigen Blättern ist eine gewisse Verwunde-  
rung darüber angedeutet, daß nach Schluß der  
Reichstagsession der Staatsanwalt Lessendorf  
nicht, wie er Anfangs zu beabsichtigen schien,  
nachträglich eine Anklage gegen die beiden  
Abgeordneten Hasselmann und Frische  
erhoben hat, weil sie trotz der auf Grund des  
Socialsenzengesetzes erfolgten Ausweisung nach Ber-  
lin zurückgekehrt sind. Wenn diese Ansicht über-  
haupt jemals bestanden hat, so ist sie sicherlich  
längst aufgegeben; man mag sich wohl von der  
Ungefährlichkeit Frische's überzeugen haben, und  
was Hasselmann betrifft, so hat er in Berlin  
schwerlich noch einen nennenswerthen Anhang.  
Ja richtiger Erkenntnis dessen hat er auch

während des größten Theiles der Session lieber  
anderrwärts für seine Zwecke zu agitiren gesucht.  
Am letzten Sonntag sollen die Berliner Social-  
demokraten eine Bergungspartei gemacht haben,  
die verschiedene Tausend Theilnehmer zählte.

Der „R. Fr. Pr.“ geht ein Telegramm aus  
Wien zu, nach welchem auch in diesem Jahre der  
Kaiser von Oesterreich mit dem deutschen  
Kaiser in Gastein zusammentreffen wird. Die  
Zusammenkunft sei bereits beschlossene Sache, jedoch  
der Tag derselben noch nicht festgestellt. Es ist sehr  
wahrscheinlich, daß die Entreise erst in acht bis zehn  
Tagen stattfindet, bis nämlich die Cur des Kaisers  
Wilhelm etwas mehr vorgeschritten. Der bevor-  
stehende Besuch kann als spontaner Entschluß des  
Kaisers Franz Josef angesehen werden. Man erzählt,  
Kaiser Wilhelm habe sein Bedauern darüber geäußert,  
daß ihm sein leidender Zustand in diesem Jahre  
nicht gestalte, wie alljährlich, der kaiserlichen Familie  
in Wäl einen Besuch zu machen. Noch bevor dies  
bekannt geworden, gab Kaiser Franz Josef Ordre  
für die nöthigen ReiseDispositionen. Der Kaiser  
begiebt sich mit kleinem Gefolge nach Gastein, um  
der Entreise ganz den familiären Charakter zu  
bewahren, und verlängert deshalb seinen Aufenthalt  
auf acht Tage festgestellten Aufenthaltes.  
Es ist noch nicht gewiß, jedoch sehr wahrscheinlich,  
daß Graf Andraffy den Kaiser nach Gastein be-  
gleitet.

Ueber die österreichische Ministerkrise  
wird dem „Pester Lloyd“ von Wien aus folgen-  
des geschrieben: „Die Dinge stehen jetzt für den  
Grafen Taaffe noch viel günstiger, als vor den  
Wahlen, auch den Czechen gegenüber. Ein Theil  
der Verfassungspartei ist, erschrut durch das An-  
wachsen der Liberalen und den Machtzuwachs der  
Nationalen, bereit, jede Regierung zu unterstützen,  
die eine Barriere gegen ein Regime Bodenwärt  
zu bilden vermöchte, und wenn Dr. Herbst ver-  
suchen sollte, im nächsten Reichsrath die Taktik  
fortzusetzen, die er im abgelassenen beobachtet hat,  
so wird er finden, daß ihm nur ein kleines Füh-  
ren Götter folgen wird. Die Großgrundbesitzer  
werden mit dem Ministerium gehen, und so braucht  
man die Czechen nicht. So ist die Lage, das haben  
die Czechen selbst erkannt, und gerade weil sie ein-  
sehen müssen, daß sie durch das Fernbleiben nichts ge-  
winnen können, sondern sich selbst am wehesten thun,  
gerade darum, weil sie Niemand gebeten hat und  
auch Niemand bitten wird, zu kommen, bin ich fest  
überzeugt, daß sie kommen werden. Ich glaube,  
sie verlangen jetzt auch nur noch eine Concession  
als Vorbedingung, nämlich die Auflösung des  
böhmischen Landtages. Ob man gut daran thut,  
ihnen das zu bewilligen vor der Reichstagsession,  
ist eine offene Frage. Vom Ministerwechsel spricht  
kein Mensch mehr; wenn der Reichsrath zusam-  
mentritt, dann erst wird davon ernsthaft die Rede  
sein können. Ich glaube übrigens, daß man dann  
eine kleine Ueberraschung erleben wird; hinter den  
Couchen haben sich Verschiebungen eigener Art  
vollzogen, und es hat j. D. zwischen dem Grafen  
Taaffe und Baron Preiss eine Annäherung statt-  
gefunden, die bei Bildung des Ministeriums im  
Herbst vielleicht in überraschender Weise zu Tage  
treten dürfte.“

Es beschäftigt sich, schreibt man aus Wien, daß  
Don Alfonso, der König von Spanien,  
schon in den ersten Tagen des August hier ein-  
treffen wird, um seine Werbung um die Hand  
der Frau Erzherzogin Christine persönlich vor-  
zubringen. Am 26. Juni ist das Trauerjahr ver-  
strichen, welches der junge Wittwer in möglicher  
Zurückgezogenheit verbrachte, und seine Minister  
bringen auf eine Wiedervermählung. Die Erz-  
herzogin Christine ist im Jahre 1858 geboren, also  
um ein Jahr jünger als der im Jahre 1857 ge-  
borene König, der die Prinzessin vor vier Jahren  
kennen lernte. Don Alfonso dürfte, sein In-  
cognito streng während, in dem nahen Vorstadt  
absteigen. Wie die „Voz“ erfährt, hängt die  
junge Prinzessin so jählich an ihren Angehörigen,  
daß es vornehmlich der Gedanke einer Trennung  
von diesen ist, der sie bisher mit ihrem Entschlusse  
zurückhalten ließ, um so mehr, als nach spanischer  
Hoffnung die Trennung von ihrer Heimath eine so  
vollständige sein müßte, daß nicht einmal die Aus-  
wahl ihrer Hofdamen und Dienerschaft aus Per-  
sonen ihres bisherigen Hofstaates zulässig wäre.  
Man erzählt sich auch, daß die hohen Verwandten  
der jungen Erzherzogin ihre die volle Freiheit der  
Entscheidung überlassen haben, wie denn auch von  
irgend einer politischen Beeinflussung nicht die  
Rede sein kann.

Die Verhandlungen zwischen dem Könige von  
Griechenland und den Führern der parlamen-  
tarischen Opposition haben zu keinem Ergebnisse  
geführt. Das Alternativ-Verlangen des Ministe-  
riums, welches um seine Enthebung oder die Auf-  
lösung der Kammer gebeten hatte, ist gleichfalls  
unabgeschlüssig geblieben. Der König hat vielmehr  
den Cabinet-Chef Kumundaros aufgefordert, die  
Regierung unter denselben Modalitäten, wie bisher,  
fortzuführen. Das griechische Ministerium wird  
nun in der Kammer die Regierungsvorlagen,  
betreffend das Anlehen und die Regelung der alten  
Staatsschuld, einbringen.

In Konstantinopel herrscht noch immer  
völlige Ungewißheit bezüglich der Lösung der  
Großbeizfrage. Jetzt soll der Sultan, wie  
verlautet, wieder entschlossen sein, Kherridin Pascha  
— dessen „anhaltende Krankheit“ vorläufig —  
sofort (incassament) zu entlassen. Am Mittwoch  
hatte ein Ministerialrat in dieser Angelegen-  
heit stattfinden sollen, welcher jedoch im  
letzten Momente abgesetzt wurde. In dem  
abgestellten Ministerialrat hätte die Forderung  
Kherridin Pascha's, man möge entweder ein  
eheliches parlamentarisches Regime einführen oder  
lieber zu dem früheren absoluten türkischen Systeme  
zurückkehren, erörtert werden sollen. Die Worte  
jögert noch immer, in der griechischen Frage  
Stellung zu nehmen. Es heißt nun, daß die  
Signatarmächte der Pforte einen Termin zu  
fixiren beabsichtigen, innerhalb dessen sie in der  
griechischen Frage einen bestimmten Entschluß zu  
lassen hätte.

In Frankreich naht die parlamentarische  
Session ihrem Ende. Zahlreiche Deputirte und  
Senatoren haben bereits Paris und Versailles  
verlassen. Die Tagesordnung beider Kammern  
dürfte einer Pariser Correspondenz der „Frankf.  
Ztg.“ zufolge bis zum 2. August zu erledigen sein  
und stellt dieselbe keine wichtige Debatte mehr in  
Aussicht, zumal es bereits ziemlich feststeht, daß  
das Ferry'sche Gesetz über den höheren Unterricht  
in dieser Session nicht mehr vom Plenum des  
Senats beraten wird. Herr Jules Simon soll  
seinen Freunden von der Linken gerathen haben,  
die Senatcommission, die das Gesetz zu prüfen  
hat und in welcher er den Vorsitz führt, nicht zur  
Vehleung ihrer Arbeit zu drängen, da bis zum

Herbst verschiedene Conservativrepublikaner, welche  
jetzt der Verlage feindlich seien, während der Ferien  
für dieselbe gewonnen werden können. Wie es  
scheint, hat der Senat für jeden liberalen Beschluß  
erst nöthig, vorher mit den Wählern in Berüh-  
rung gebracht zu werden, was dies schon bei dem  
Amnistiegesetz u. d. Fall war. In den Departementen  
werden die Senatoren jedenfalls zu hören  
belonnen, daß man keineswegs an den Untergang  
des Lehrwesens glaubt, wenn der Geistlichkeit das  
Unterrichtsprivilegium entzogen wird. Uebrigens  
interessirt sich Herr Jules Simon offenbar nicht  
so lebhaft für das Zustandekommen des Gesetzes,  
als seine Freunde behaupten, denn er verhinbert,  
daß die Unterschriften der liberalen Petitionen  
gegen das Gesetz einer kritischen Sichtung unter-  
worfen werden.

Der „Figaro“ brachte dieser Tage ein Schreiben,  
welches Bray-Paris, der bonapartistische Deputirte,  
auf dessen Antrag der Parthi Napoleon in der  
Bonapartisten-Versammlung vom 19. zum Kaiser  
proclamirt wurde, an einen seiner Freunde ge-  
richtet hat. Man betrachtet dieses Schreiben als  
ein Manifest der Anhänger des Prinzen Na-  
poleon, in welchem sie ihre Stellung dem neuen  
Oberhaupt der Imperialisten gegenüber klarlegen  
wollen. In diesem Schreiben, das im Grunde  
genommen nichts Neues enthält und über die Politik,  
welche Napoleon V. verfolgen will, kein Wort sagt,  
wird erklärt: 1) daß die Erklärung der Gegner des  
Prinzen Napoleon, daß das Volk den Nachfolger  
des kaiserlichen Prinzen wähle, unter und neben  
dem Prinzen wählen könne, dadurch die monar-  
chischen und dynastischen Rechte der Napoleone  
verletze; 2) daß die Behauptung, man könne die  
Erbschaft des Prinzen Napoleon auf seinen Sohn,  
den Prinzen Victor, übertragen, nur die Hypothese  
im Auge haben könnte, daß der Prinz Napoleon  
seinem Titel eines Oberhauptes der politischen  
Familie Bonaparte entsagen werde; daß, da dies  
keineswegs der Fall sei und der Prinz Napo-  
leon mit seinen Rechten alle seine Pflichten  
annehme, er der einzige und rechtmäßige Erbe  
der Napoleone sei. Schließlich erklärt dann  
Bray-Paris, daß der Prinz Napoleon dieser  
oder jener Partei, diesem oder jenem Menschen  
keine Gehilfen zu geben brauche. Nur die  
ganze Nation könne solche von ihm verlangen, und  
erst dann, wenn er an die Gewalt käme und der  
constitutionelle Pact zwischen ihm und der Nation  
aufgestellt werden müsse. Fast alle bonapartistischen  
Blätter drucken dieses Actenstück nach, auch der  
„Odeur“, der jedoch hinzusetzt, daß, da er sich  
einer jeden Polemik fernhalte, es dieses Schreiben  
nur mittheile, weil es von einem hervorragenden  
Mitglied der imperialistischen Partei herrühre. Die  
„Erfolte“, das Organ des Prinzen Napoleon,  
gibt der Idee von Bray-Paris seine volle Zu-  
stimmung.

Das englische Unterhaus hat bekanntlich  
in den Fällen, in denen sich außerhalb des Parla-  
ments stehende Personen sich gegen dasselbe ver-  
geben zu Schulden kommen lassen, das Recht, die-  
selben vor sein Forum zu laden. Am Mittwoch  
gelangte ein solcher Fall zur Verhandlung. Das  
Unterhaus constituirte sich zu einem Tribunal, un-  
ter zwei Personen, einen Kaufmann, Namens  
Charles Grifell, und einen Advocaten, Namens  
John S. Ward, welche wegen Beeinträchti-  
gung der Privilegien des Hauses vor die  
Schranken des Hauses geladen worden waren, zu S.